



19.415

**Parlamentarische Initiative**

**Arslan Sibel.**

**Den jungen Menschen  
eine Stimme geben.**

**Aktives Stimm- und Wahlrecht  
für 16-Jährige als erster Schritt  
ins aktive politische Leben**

**Initiative parlementaire**

**Arslan Sibel.**

**Donner la parole aux jeunes.  
Le droit de vote dès 16 ans  
est un premier pas  
dans la vie politique active**

*Vorprüfung – Examen préalable*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.20 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

*Antrag der Mehrheit*

Der Initiative keine Folge geben

*Antrag der Minderheit*

(Funicello, Barrile, Cottier, Glättli, Gredig, Gysin Greta, Kälin, Marra, Masshardt, Moser, Streiff, Wermuth)  
Der Initiative Folge geben

*Proposition de la majorité*

Ne pas donner suite à l'initiative

*Proposition de la minorité*

(Funicello, Barrile, Cottier, Glättli, Gredig, Gysin Greta, Kälin, Marra, Masshardt, Moser, Streiff, Wermuth)  
Donner suite à l'initiative

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission.

**Arslan Sibel** (G, BS): Sie haben es heute in der Hand, ein wichtiges Kapitel der Schweizer Geschichte zu schreiben, dann nämlich, wenn Sie dieser parlamentarischen Initiative zustimmen.

Bezüglich Teilhabe an der Politik oder politischer Partizipation gab es bisher zwei wichtige Entscheide. Dies waren im 20. Jahrhundert die bahnbrechende Einführung des Frauenstimmrechts und, viel weniger spektakulär, die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für 18-Jährige. Auch das 21. Jahrhundert braucht neue Akzente. Bezüglich der politischen Teilhabe haben wir es heute in der Hand, die Ausdehnung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren einzuführen.

Es ist mir wichtig, festzuhalten, dass dieser Vorstoss nicht nur ein grünes Anliegen ist, sondern breit abgesprochen ist. Dies zeigt die knappe Kommissionsabstimmung mit dem Stichentscheid des Präsidenten. Aufgrund dieser knappen Verhältnisse ist es mein Herzensanliegen, Sie von einem Ja zu überzeugen. Schon seit der Gründung der Schweiz bestand das Ziel, die Demokratie auszubauen und zu stärken. Dies gelang schrittweise. Jetzt steht einer der letzten Schritte an, auch unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger an der politischen



Macht zu beteiligen, auch wenn diese gemäss der parlamentarischen Initiative nur auf ein aktives Stimm- und Wahlrecht beschränkt ist.

Die umfassenden Gründe für diesen Wandel sind in der parlamentarischen Initiative ausführlich erwähnt. Lassen Sie

AB 2020 N 1404 / BO 2020 N 1404

mich deshalb hier bloss die wichtigsten fünf Gründe zusammenfassen:

1. Die Stimme der Jungen verliert aufgrund der Demografie an Gewicht, obwohl zahlreiche aktuelle Themen besonders die Zukunft der Jungen betreffen.
2. 16-Jährige sind an Politik sehr interessiert. Studien zeigen, dass 16- und 17-Jährige im Schnitt politikinteressierter sind als 18- bis 21-Jährige.
3. 16-Jährige verfügen über die notwendige politische Bildung, denn diese findet grösstenteils in der obligatorischen Schule statt, also für viele kurz vor dem 16. Geburtstag.
4. Es geht nicht mehr um eine Pionierleistung. Das Stimmrechtsalter 16 hat sich in der Praxis bereits seit Jahren bewährt, sei es in Österreich auf Bundesebene oder sei es im Schweizer Kanton Glarus.
5. Schliesslich wissen wir aus der Entwicklungspsychologie, dass die Entwicklung des rationalen Denkens bis 16 abgeschlossen ist. Das emotionale Denken entwickelt sich bis 25 weiter. Abstimmungsunterlagen füllt man ohne Druck und rational denkend aus.

Das sind viele Gründe, und meines Erachtens sind das auch gute und überzeugende Gründe. Ich bitte Sie, den 16- und 17-Jährigen die Chance einzuräumen, unsere Schweizer Politik mitzugestalten und schliesslich die Entscheide besser und lange mitzutragen. Damit stärken wir unsere Demokratie, und Sie alle schreiben heute mit einem beherzten Ja Geschichte.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung der parlamentarischen Initiative.

**Funiciello** Tamara (S, BE): Ich bitte Sie im Namen einer sehr starken Minderheit Ihrer SPK, dem Stimmrechtsalter 16 zuzustimmen.

Man muss sich vorab vor Augen führen, dass die Entscheidung, wer zur Wählerinnenschaft gehört und wer nicht, sehr willkürlich ist und von den gesellschaftlichen Gegebenheiten und dementsprechend vom politischen Willen abhängt. Bis 1971 waren es in der Schweiz nur die Männer, die stimmen konnten. Heute hängt es massgeblich damit zusammen, welche Passfarbe die Eltern hatten, ob man stimmberechtigt ist oder nicht. Auch beim Alter hört die Willkür nicht auf. So war die Grenze früher bei 20 Jahren, heute liegt sie bekanntlich bei 18. Zu sagen, dass eine 18-Jährige so viel reifer sei als eine 16-Jährige, entspricht schlicht nicht der Realität. Es gibt Leute, die mit 14 reif sind, und es gibt solche, die es mit 50 noch nicht sind.

Wieso also das Stimmrechtsalter senken, wenn es so willkürlich ist? Hier drei gute Gründe:

1. Die Demokratie in der Schweiz leidet an Altersschwäche, es tut mir leid, Ihnen das so klar sagen zu müssen. Fakt ist, dass heute das politische Gewicht der 55-Jährigen doppelt so gross ist wie jenes der 20-Jährigen. Das wird in den nächsten Jahren nicht besser. Diese Altersschwäche zeigt sich vor allem auch in den kleinen Gemeinden. Wir brauchen Leute, die übernehmen. Junge Menschen haben Lust, mitzumachen; schon lange nicht mehr waren so viele junge Menschen aktiv. Das sollten wir fördern. Wir sollten die Partizipation junger Menschen fördern, und zwar dann, wenn sie bereit dazu sind.
2. Junge Menschen setzen sich in der obligatorischen Schule ein letztes Mal ausführlich mit der politischen Bildung auseinander. Sie kennen die Theorie nie so gut wie zu diesem Zeitpunkt, müssen dann aber zwei Jahre auf die Praxis warten. Stellen Sie sich vor, Sie machen die theoretische Autoprüfung und müssen dann noch zwei Jahre mit Fahren warten; das macht schlicht und einfach keinen Sinn. Wir leben in einer halbdirekten Demokratie. Es muss gelernt sein, mit diesem Recht, aber eben auch mit dieser Pflicht umzugehen. Das Stimm- und Wahlrechtsalter zu senken kann, in Zusammenhang mit anderen Massnahmen, wie es die Kommission für Kinder- und Jugendfragen vorschlägt, zu einer erhöhten Partizipation führen. Packen wir diese Chance!

3. Als letztes Argument: Die Zukunft gehört der Jugend, aus logischen Gründen. Sie wird am längsten darin leben müssen. Daher ist es auch richtig, dass sie mitbestimmen kann, wie diese Zukunft aussehen soll. Dinge wie Altersreform, CO<sub>2</sub>-Gesetz, Arbeitszeit und so weiter betreffen sehr viel mehr junge Menschen als Über-60-Jährige. Die Senkung des aktiven Wahl- und Stimmrechtsalters ist eine Stärkung unserer Demokratie. Sie hilft, die Gesellschaft zusammenzuhalten und junge Menschen als aktive Mitglieder ebendieser Gesellschaft zu gewinnen.

Zuletzt noch zum Gegenargument, junge Erwachsene seien nicht kompetent genug: Es macht einfach keinen Sinn, sonst müssten Sie den Aluhut-Trägern, die behaupten, Bill Gates habe das Coronavirus in die Welt



gesetzt, das Stimmrecht entziehen. So verführerisch das klingt, so undemokratisch ist es. Stärken Sie unsere Demokratie und folgen Sie bitte der starken Minderheit der SPK.

**Marchesi** Piero (V, TI), per la commissione: Nella sua seduta del 28 maggio 2020, la Commissione delle istituzioni politiche del Consiglio nazionale ha esaminato l'iniziativa parlamentare in oggetto, presentata dalla consigliera nazionale Arslan.

L'initiative a pour objectif l'introduction du droit actif de vote et d'élection pour toutes les personnes de nationalité suisse dès l'âge de 16 ans. L'auteure de l'initiative rappelle l'engagement croissant des jeunes dans notre société avant même d'avoir atteint l'âge de la majorité. Compte tenu de l'allongement de l'espérance de vie et du fait que de nombreuses questions abordées par la politique ont un impact sur la vie présente et future des jeunes générations, l'auteure de l'initiative estime que le fait de reconnaître le droit actif de vote et d'élection aux jeunes de 16 ans, en faisant passer l'âge minimal de 18 à 16 ans, est le meilleur moyen de les impliquer activement dans notre société.

Non è la prima volta che la Commissione delle istituzioni politiche del Consiglio nazionale si occupa dell'introduzione del diritto di voto e d'elezione per i sedicenni. L'ultima volta è stato nell'ambito dell'esame dell'iniziativa parlamentare Mazzone 17.429. Il 12 settembre 2017 quest'iniziativa parlamentare venne bocciata dal Consiglio nazionale con 118 voti contro 64 e 5 astensioni.

La commissione ha approfondito puntualmente il tema e ha analizzato le reali necessità di una così importante modifica legislativa. Attualmente in diversi cantoni sono in corso discussioni su questo tema. La maggioranza della commissione è del parere che sia buona cosa attendere gli sviluppi nei vari cantoni, perché non è opportuno che una parte dei cittadini abbia soltanto il diritto di voto attivo, poiché ciò creerebbe degli elettori di seconda categoria. Deve invece poter votare chi ha raggiunto la maggiore età civile ed è quindi egli stesso eleggibile. Infatti, si ritiene che questi cittadini godrebbero del diritto di voto ma non sarebbero assoggettati alle decisioni prese dalla collettività. Ad esempio, potrebbero contribuire ad istituire un obbligo per la popolazione che loro stessi non dovrebbero assolvere in quanto minorenni.

Bisogna poi ricordare che per i giovani che non hanno ancora diritto di voto vi siano molte possibilità per prendere parte in modo attivo alla vita civile e alla vita pubblica, seppur non con gli stessi diritti dei maggiorenni. Ci sono per esempio i parlamenti dei giovani cantonali, le sezioni giovani dei partiti e altre occasioni dove poter formare la propria idea e convinzione sui temi principali.

La maggioranza della commissione ritiene che una modifica in questo senso non sia necessaria in quanto le condizioni quadro siano adeguate. Una minoranza invece ritiene che concedere questi diritti ai giovani che hanno terminato la scuola dell'obbligo sia una buona soluzione per un maggior coinvolgimento nella società.

La commissione, con 12 voti contro 12 e 1 astensione e il voto decisivo del presidente, raccomanda di non dar seguito all'iniziativa parlamentare. Una minoranza invece propone di darvi seguito.

**Silberschmidt** Andri (RL, ZH), für die Kommission: Ich spreche für die Kommission, erlaube mir als jüngstes Ratsmitglied aber vorgängig zwei persönliche Gedanken.

Es mag ein wenig altklug klingen, wenn ich als jüngstes Mitglied dieses Rates als Sprecher der Staatspolitischen

AB 2020 N 1405 / BO 2020 N 1405

Kommission gegen das Stimmrechtsalter 16 spreche. Doch ich kann Ihnen versichern: Ich habe weder das Gefühl, es handle sich hier um ein prioritäres Anliegen der Jugend, noch halte ich es nicht mehr für nötig, mich für die Themen der Jungen einzusetzen, im Gegenteil: Gerade wegen der Corona-Krise gibt es viele und wichtigere Themen der Jugend, die hier leider zu wenig gehört werden.

Gerne komme ich zu den wichtigsten Argumenten, weshalb Ihre Staatspolitische Kommission die parlamentarische Initiative zur Ablehnung empfiehlt:

1. Wer abstimmen und wählen darf, soll sich auch selbst zur Wahl stellen dürfen. Dies berücksichtigt die Forderung nach Stimmrechtsalter 16 nicht und verzerrt somit das Stimm- und Wahlrecht.

2. Das Stimmrechtsalter und die Mündigkeit sollen identisch sein. Zum Beispiel könnte man mit dem Stimmrechtsalter 16 über Initiativen und Referenden abstimmen, die man aber bei der Unterschriftensammlung gar nicht unterstützen könnte.

3. Auch wenn wir das Stimmrechtsalter von 18 auf 16 heruntersetzen, nehmen wir eine Altersgrenze in Kauf. Folglich wird in jedem Fall eine Altersgruppe ausgeschlossen. Die Festlegung einer Grenze hat somit immer etwas Willkürliches. Zentral ist, dass die Altersgrenze so tief wie möglich und gleichzeitig so hoch wie nötig angesetzt wird. In der Bundesverfassung aus dem Jahr 1848 war das Stimmrechtsalter bei 20 Jahren festgesetzt. Es wurde nach einem ersten Versuch im Jahr 1979 erst im Jahr 1991 auf 18 Jahre gesenkt. Damit orientiert



sich die Altersgrenze bewusst oder unbewusst am ungefähren Ende der Pubertät respektive dem Beginn des Erwachsenwerdens, was eine plausible Altersgrenze darstellt.

4. Das Anliegen ist sehr jung und erst in einem Kanton umgesetzt. Bevor wir hier zentral neue Rechte beschliessen, ist es an den Kantonen, den ersten Schritt zu gehen. In mehreren Kantonen wurde das Stimmrechtsalter 16 abgelehnt, nur in einem wurde dem Anliegen stattgegeben. Es braucht keine Bundesregelung für etwas, das die Kantone nicht wollen.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen im Namen der Staatspolitischen Kommission, die parlamentarische Initiative abzulehnen.

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): La majorité de la commission propose de ne pas donner suite à l'initiative. Une minorité Funicello propose d'y donner suite.

## *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.415/21036)

Für Folgegeben ... 98 Stimmen

Dagegen ... 85 Stimmen

(2 Enthaltungen)